

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sören Pellmann, Dr. Dietmar Bartsch, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 20/3791 –

32 Jahre Deutsche Einheit – Schutzschirm gegen Inflation und Armut spannen, Lohn- und Renteneinheit herstellen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, 32 Jahre nach der Wiedervereinigung einen Schutzschirm gegen Inflation und Armut zu spannen und die Lohn- und Renteneinheit herzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3791 abzulehnen.

Berlin, den 15. März 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/3791** wurde in der 61. Sitzung des Deutschen Bundestags am 14. Oktober 2022 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass die Bundesregierung das Land 32 Jahre nach der Wiedervereinigung auf eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe hinsteuere. Die Inflation liege auf einem Rekordniveau. Viele Menschen verzweifeln an den Preisen für Lebensmittel und Energie. Die Entlastungspakete der Bundesregierung glichen die Mehrkosten von Gering- und Normalverdienern nicht ansatzweise aus. Von dieser aktuellen Entwicklung seien besonders Bürgerinnen und Bürger ostdeutscher Länder aufgrund geringerer Löhne und Alterseinkommen stark betroffen.

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung deshalb auf, einen Schutzschirm gegen Inflation und Armut zu spannen, der ein Sofortprogramm beinhaltet, aus dem alle Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen ein Jahr lang monatlich 125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied erhielten. Zudem solle ein Preisdeckel für ein Grundkontingent an Strom und Gas für Privathaushalte eingeführt, die Gasumlage zurückgenommen und Strom- und Gassperren verboten werden. Außerdem fordert die Fraktion DIE LINKE. eine Übergewinnsteuer auf die Milliarden Gewinne der Energiekonzerne. Zudem solle Unternehmen, denen aufgrund der hohen Energiepreise die Insolvenz drohe, durch einen Rettungsfonds geholfen werden. Weiter fordert die Fraktion DIE LINKE., die Löhne in West- und Ostdeutschland mittels der gesetzlichen Anhebung des Mindestlohns auf über 12 Euro anzugleichen. Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen sollten zudem verboten werden und Gewerkschaften müssten unter Beachtung der Tarifautonomie dabei unterstützt werden, Tarifverträge abzuschließen, mit denen immer noch bestehende pauschale Differenzierungen zwischen Ost und West aufgehoben werden. Zudem müsse die gesetzliche Rente so ausgestaltet sein, den Lebensstandard der Menschen zu sichern und sie vor Altersarmut zu bewahren. Auf die weiteren Forderungen der Fraktion DIE LINKE. im Antrag auf Drucksache 20/3791 wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3791 in seiner 44. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3791 in seiner 39. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/3791 in seiner 39. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/3791 in seiner 37. Sitzung am 15. März 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3791 zu empfehlen.

Berlin, den 15. März 2023

Hansjörg Durz
Berichtersteller